



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

Liebe Leserinnen und Leser,

Letzte Sitzungswoche vor den Europawahlen am 7. Juni 2009

Das Parlament hat in dieser Woche seine letzte Sitzungswoche vor den Wahlen absolviert und verabschiedete sich mit einem Eklat in den Wahlkampf. Die liberale Fraktion verlangte, Papst Benedikt für seine (mißverständlichen Äußerungen) in Sachen AIDS und Kondome zu verurteilen. Die deutschen Liberalen, allen voran Spitzenkandidatin Koch-Mehrin, stimmten für diese Forderung und haben gezeigt, dass ihnen der Respekt vor allem fehlt, was anderen heilig ist. Hunderte Emails gingen von empörten Katholiken ein. Unsere Fraktion und wir von der CDU/CSU haben in namentlicher Abstimmung gegen diese Verurteilung gestimmt und deutlich gewonnen. Es ist eine Verwilderung der Sitten und ein ganz schlechtes Zeichen für die Demokratie, wenn die eigene Wählerklientel auf dem Rücken der religiösen Gefühle und der intellektuellen Redlichkeit anderer mobilisiert werden soll.

Lissabon-Vertrag: Es geht voran Mehr Mitsprache des Parlaments

Der Lissabon-Vertrag hat in dieser Woche eine wichtige Hürde genommen, nämlich im tschechischen Parlament. Damit steht nur noch Irland aus, das im Herbst eine neuerliche Volksabstimmung abhalten wird. Das Parlament hat sich in dieser Woche auf die Veränderungen vorbereitet, die der Vertrag in der Gesetzgebung bringen wird, etwa die Stärkung der nationalen Parlamente. Bundestag und Bundesrat sollen künftig ihr Votum abgeben können, ob ein Gesetzgebungsvorhaben auf europäischer oder auf nationaler Ebene geregelt werden soll. Auch das EU-Parlament erhält

mehr Mitsprache. Das Mitentscheidungsverfahren findet statt auf bisher 50 Politikbereiche künftig auf 100 und damit auf fast alle EU-Kompetenzbereiche Anwendung.

Strengere Regeln für das Eigenkapital der Banken

Diese Woche wurden wichtige Maßnahmen zur Aufarbeitung der Finanzkrise getroffen. Ziel ist, die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen: Eine Bank soll nicht mehr als 25 Prozent ihres Eigenkapitals an einen oder eine Gruppe von Kunden abgeben. Nur im Handel zwischen den Banken kann dieser Prozentsatz überschritten werden. In der Summe dürfen dies jedoch nicht mehr als 150 Mio. Euro sein. Die neuen Bestimmungen müssen bis Ende 2010 in nationales Recht umgesetzt sein.

Für eine engere Zusammenarbeit zwischen den Staaten soll es bis Ende 2011 Aufsichtskollegien geben. Diese sollen nationalen Behörden im Umgang mit grenzüberschreitenden Finanzinstituten helfen. Für mehr Vertrauen in den Finanzmärkten werden Kriterien für eine Sorgfaltspflicht festgeschrieben. Die Bewertung von Risiken soll damit in Zukunft besser möglich sein.

Dies sind nun die ersten Schritte zur Stabilisierung des Systems, weitere Regulierungsvorschläge werden von der EU-Kommission bis Ende 2009 erwartet. Insbesondere für die meistgehandelten Derivate, die sog. „Credit Default Swaps“ sowie für alle „Over the Counter“-Produkte fordert das EU-Parlament strengere Regeln. Die Transparenz für den Kunden muss größer werden.

Die EU wird künftig erstmals auch Geld zur Verfügung stellen, um sich an Organisationen der Rechnungslegung und Bilanzierung zu beteiligen. Dadurch wird eine wirkliche Unabhängig-

keit und Transparenz dieser Organisationen sichergestellt. Vorgesehen sind von 2010 bis 2013 ca. 40 Mio. Euro. Die Mittel dienen der unabhängigen und effizienten Tätigkeit der Aufsichtsorganisationen der 27 Mitgliedstaaten.

5 Mrd. Konjunkturprogramm für Energie und Landwirtschaft

Das 5 Mrd. Euro EU-Konjunkturprogramm ist verabschiedet. So sollen die Mittel für die Finanzierung von Energieprojekten, den Ausbau von Breitbandnetzen für ein schnelles Internet auf dem Land sowie für die die Landwirtschaft ausgegeben werden. Mit 3,5 Mrd. Euro ist der Großteil für Energieprojekte vorgesehen, von denen ein schneller Impuls für die Konjunktur erwartet wird. 1,75 Milliarden davon sollen in neue Gas- und Stromverbindungen, 1,25 Mrd. Euro in Projekte zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff und 500 Mio. Euro in Windenergieprojekte vor den Küsten fließen.

Daneben wird mit 1,5 Mrd. Euro der Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung unterstützt. Mit den Geldern soll vor allem das schnelle Internet auf dem Land kommen. Ein Teil der Mittel soll zudem direkt an die Landwirte fließen, um den Strukturwandel in der Landwirtschaft - gerade auch im Bereich der Milch - besser zu bewältigen. Mit dem EU-Programm werden die nationalen Konjunkturpakete ergänzt.

Asylbewerber anders behandeln als Sozialhilfeempfänger

Das sog. „Asylpaket“, das diese Woche im Parlament in der Mitentscheidung abgestimmt wurde, verhindert eine Gleichstellung von Asylbewerbern und Sozialhilfeempfängern. Auch künftig werden also Staatsbürger und Asylbewerber bei der Sozialhilfe un-

Seite 1

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP

Brief aus Straßburg



Europa für die Menschen gestalten! - Für ein starkes Deutschland in Europa.

terschiedlich behandelt. Das Parlament sprach sich dafür aus, dass die EU-Staaten selbst entscheiden können, welche Unterstützungsleistungen Asylbewerber bekommen.

Die Rechtslage in Deutschland: Asylbewerber wird Unterkunft, Verpflegung und Kleidung gestellt. Das Verfahren, Asylbewerber mit Sachleistungen zu versorgen, hat sich bewährt. Mit dem Asylopaket wurde darüber hinaus der Aufbau einer Datenbank für Fingerabdrücke und die Gründung einer EU-Agentur für Asylfragen beschlossen.

Kennzeichnung von Elektrogeräten stark umstritten

Unter dem Stichwort Verbraucherinformation befasste sich das EU-Parlament in erster Lesung mit der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten. Zur Debatte stand, welche Geräte eine Energiekennzeichnung aufweisen sollen.

Nach dem aktuellen Vorschlag werden künftig alle Elektrogeräte unter die Kennzeichnungsvorschrift fallen. Das würde bedeuten, dass auch Kaffeemaschinen, Toaster, Handys oder Anrufbeantworter ein entsprechendes Etikett erhalten. Der damit entstehende hohe bürokratische Aufwand und die Kosten sind nicht berücksichtigt worden. In den bevorstehenden Verhandlungen des Rates kann sich dies jedoch ändern.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Art der Darstellung. Welche Informationen sind wichtig und klar verständlich und welche "Energietiketten" sollen verwendet werden?

Bisher wird der Energieverbrauch von Waschmaschine oder Geschirrspüler auf einer Skala von A - geringer Energieverbrauch - bis G - vergleichsweise hoher Energieverbrauch - dargestellt. Um den Verbrauchern eine bessere Orientierung zu geben, soll von der

Skala ausgehend der prozentuale Mehr- oder Geringverbrauch eines Produkts angezeigt werden. So kann zum Beispiel die Bezeichnung "A -20 Prozent" verwendet werden, wenn der Verbrauch eines Produkts 20 Prozent unter dem Wert für A liegt. Dadurch könnte der Verbraucher die Energieersparnis besser einschätzen.

Demnächst müssen sich die Mitgliedstaaten mit dem Dossier befassen. Eine Einigung über die EU-Standards könnte bis zum Jahresende erfolgen.

Arbeitszeitrichtlinie auch im dritten Anlauf gescheitert

Das Vermittlungsverfahren zur Arbeitszeitrichtlinie ist endgültig gescheitert. Damit bleibt die alte Richtlinie von 1993 in Kraft. Eine Ausweitung der Höchstarbeitszeit wurde damit erfolgreich verhindert.

So gilt weiterhin, dass der gesamte Bereitschaftsdienst einschließlich inaktiver Zeiten als Arbeitszeit gilt. Dies hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2003 entschieden. Andernfalls wären mit der Neuregelung Marathondienste von bis zu 72 Stunden möglich gewesen.

Das sogenannte Opt-out von der bisherigen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden wird derzeit von 15 Ländern genutzt. Damit müssen sie mit Vertragsverletzungsverfahren rechnen. In Deutschland hingegen hat man als eines der wenigen Länder das EuGH-Urteil umgesetzt. Ein neuer Anlauf zur Regelung der Arbeitszeit kann nur von einem neuen Kommissionsentwurf ausgehen. Damit ist frühestens 2010 zu rechnen.

Hochemotional: Die Tierschutz-Richtlinie und Robben

Mit gleich zwei hoch emotionalen und brisanten Gesetzgebungsvorhaben befasste sich das Parlament in dieser

Woche - was ebenfalls zu vielen hundert Emails geführt hat: Die Neufassung der EU-Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere sowie den Handel mit Robbenerzeugnissen. Beim letzten Punkt sprach sich das Parlament für ein Einfuhrverbot von Robbenprodukten in die EU aus. Die Überarbeitung der Tierschutzrichtlinie erfolgte wegen neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die schwierige Abwägung zwischen Tierschutz auf der einen und Forschungszwecken auf der anderen Seite steht im Mittelpunkt. Zu Gunsten des Menschen und seiner Gesundheit sollen Tierversuche unter strengen Auflagen auch weiterhin möglich sein. Insbesondere für die Grundlagenforschung und für lebensrettende Erkenntnisse will das Parlament einen Kompromiss finden. Darin werden aktuelle Erkenntnisse in den Bereichen Tierhaltung, Versuchsdurchführung, Ausbildung der Mitarbeiter und dem Einsatz von Alternativmethoden mit einfließen.

Neben Tierschutzauflagen ist die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandortes EU und die Entwicklung neuer Behandlungsmöglichkeiten ein wichtiges Kriterium. Sonst könnte die Verlagerung von Tierversuchen in Länder mit niedrigerem Schutzniveau die Folge sein. Weiteres zentrales Anliegen ist die europaweite Gewährleistung der tierschutzrechtlichen Vorgaben. Deren Einhaltung durch forschende Unternehmen und Einrichtungen soll durch die neue Richtlinie sichergestellt werden.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament in Straßburg

Die Grünen Schwestern aus Ellwangen, die Katholischen Arbeitnehmer aus Hohenreuth und die Türkische Gemeinde aus Heidenheim konnten wir in dieser Woche begrüßen.

Seite 2

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu